

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Volk. 1930-1930 1930**

26 (28.6.1930)

# DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI  
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutsch-  
land 0,80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4,50 f. Österreich S. 1,40  
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber u. Gesamtverantwortlich: Vitus Heiler,  
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthausstra. 11a, Fern-  
ruf Nr. 6015. Postcheckkonten: Verlag 12225 Nürnberg,  
Partei-Kasse 33038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

NR. 26 / 11. JAHRGANG

SAMSTAG, DEN 28. JUNI 1930

EINZELNUMMER 20 PFG.

## Die Geister scheiden sich.

Die Landtagswahlen in Sachsen. — Zerfall der bürgerlichen Parteien. — Revolutionierung des Bürgertums. — Verbreiterung der proletarischen revolutionären Front.

Die Landtagswahlen in Sachsen sind ein Zeichen der wachsenden Revolutionierung des deutschen Volkes.

Das Gesamtergebnis der am Samstag stattgefundenen Landtagswahlen im Freistaat Sachsen ist folgendes: Gesamtzahl der gültigen Stimmen 2 611 017 (2 702 183).

Sozialdemokraten	871 327 (922 932)
Deutsche Volkspartei	227 319 (363 382)
Kommunisten	355 552 (345 130)
Wirtschaftspartei	276 702 (304 884)
Deutschnationale	124 300 (218 309)
Landvolk	120 497 (140 611)
Nationalsozialisten	376 724 (333 958)
Demokraten	83 671 (105 289)
Volkrechtspartei	44 142 (70 131)
Alte Sozialdemokratische Partei	19 197 (39 568)
Volksnationale Reichsvereinigung	39 153 (0)
Kommunistische Opposition	14 827 (22 129)
Christlichsozialer Volksdienst	57 408 (0)

Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 96. Auf die einzelnen Parteien entfallen folgende Mandate:

Sozialdemokraten	32 (bisher 31)
Deutsche Volkspartei	8 (13)
Kommunisten	14 (12)
Wirtschaftspartei	10 (11)
Deutschnationale	5 (8)
Landvolk	5 (5)
Nationalsozialisten	14 (5)
Demokraten	3 (4)
Volkrechtspartei	2 (3)
Alte Sozialdemokratische Partei	0 (2)
Volksnationale Vereinigung	1 (0)
Kommunistische Opposition	0 (0)
Christlichsozialer Volksdienst	2 (0)

Daraus ergibt sich:

Die Klassenfront wird immer eindeutiger. Im alten Landtag standen den 45 „Marxisten“, SPD, und KPD, 46 Bürgerliche und 5 Nationalsozialisten gegenüber. Im neuen Landtag haben die Marxisten 46 gegen 50 Bürgerliche samt Nationalsozialisten.

Der Zuwachs der Nationalsozialisten kam nicht aus dem Lager des Marxismus, den Hitler bekanntlich zertrümmern will, sondern aus dem Lager der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk, Demokraten und Volkrechtspartei, samt bürgerlichen Altsozialisten, die alle verloren haben!

Die SPD hat einen Sitz verloren, dafür hat der radikalere Bruder KPD 2 gewonnen.

Alle alten, bürgerlichen Parteien haben verloren, alle neuen, revolutionären Parteien haben gewonnen! Das ist das eine Stigma dieser Wahl!

Das andere ist: Der wachsende Nationalsozialismus holt keine Massen aus dem Lager des Proletariats, sondern der bürgerlichen Mittelschichten, die immer mehr verproletariert.

Er trägt dazu bei, auch diese Schichten zu revolutionieren und damit die allgemeine Revolution vorzubereiten.

Diese Tatsachen sind ungeheuer lehrreich und wichtig: Besonders im Hinblick auf das Wachstum des Nationalsozialismus: Sein ihm von der Schwerindustrie zugeordnetes Ziel: den Marxismus zu zerschlagen und die Proletenheere in eine Front zu bringen, in der sie dem schwerindustriellen und großagrarisches Kapital unschädlich würden, wird nicht erreicht. Das steht bereits heute sicher. Marxistisch geschulte Massen finden im Nationalsozialismus nicht die Lösung aus dem Kapitalismus. Sein Programm ist ein

kleinbürgerliches Revolutionsprogramm. Mit der tiefsten Frage: wie das Proletariat erlöst werden soll vom Proleten, wie eine Wirtschaftsordnung erstellt werden soll, in der nicht die Freiheit der Wirtschaft über den Menschen, sondern die Solidarität der Gemeinschaft der Menschen über der Wirtschaft steht, diese erste und letzte Frage vermag er nicht zu lösen! Und wenn er sie lösen würde, würden all seine Macht- und Geldgeber erschrecken und sich gegen ihn wenden, die ihn heute so mächtig unterstützen.

In dem Moment, wo der Nationalsozialismus irgendwo und irgendwie in verantwortliche Macht kommt, steht er vor der Frage der Klassenfronten, vor den Fragen der Wirtschaftsgestaltung! Und da muß er entweder versagen und die kleinbürgerlichen, sozialen Schichten furchtbarer enttäuschen, als es je eine Partei getan hat, oder er muß all die entthronen, die ihm heute zur Macht verhelfen. Entweder er muß die schaffenden Massen verraten und verkaufen — und dann wird sich eine Revolution gegen ihn genau so erheben, wie gegen die jetzigen korrupten Parteien — oder er muß gegen Schwerindustrie, Besitz, Großagrarier, etc. ebenso vorgehen, wie die Marxisten und dann muß er nach marxistischen, nicht nach nationalsozialistischen Rezepten regieren und hat den Kampf mit denen, die ihm heute die Geld- und parteipolitischen Machtmittel geben! Er bedeutet nur eine revolutionäre Verschiebung der reaktionären Parteipolitik nach links. An Stelle der Deutschnationalen, Landbund, Deutschen Volkspartei, Demokraten tritt

der Nationalsozialismus. Die Massen des wirklichen Proletariats aber werden nicht in seinen Reihen marschieren! Nicht einmal der wirklich lendenlahmen und innerlich korrupten SPD, kann er wirklich bedeutungsvollen Abbruch tun!

Dem Marxismus hat auch der Nationalsozialismus in Sachsen kein Mandat abjagen können. Er ist nur der Sturmwind im satten, verfaulenden bürgerlichen Lager. Und damit ist er eine jener Kräfte, die geschichtlich herbeiführen hilft, was sie vielleicht nicht will, aber tatsächlich erzeugt: Die Klassenfront marschiert auf! Die Revolution bereitet sich vor! Daß sie in letzter Auswirkung eine soziale und keine nationale sein wird, daß sie eine Revolution des Proletariats und nicht die einer bestimmten Führerschicht sein wird — darüber müßte die Geschichte jeder Revolution auch die Führer der Nationalsozialisten belehren.

Die Geisterscheidung geht weiter!

Nur eine Frage steht: Wo ist in dieser neuen Front das Christentum? Wo ist im Ziele einer Erlösung des Proletariats das gewaltige Ethos des Christentums? In Rußland vollzog sich die Entwicklung ohne und gegen dieses Ethos! Was wird in Deutschland geschehen?

Der marxistische Sozialismus behauptet sein Feld.

Der nationale Sozialismus revolutioniert das Bürgertum. Der christliche Sozialismus muß in die Gesamtfront das tiefe Ethos christlicher Gesellschaftsgestaltung tragen!

## Macht Ernst mit dem Sozialismus!

Der Kapitalismus, auf dem Gipfelpunkte seiner Macht und seiner Grausamkeit, treibt mit seinen politischen Kräften — den bürgerlichen, alten Parteien — immer mehr ins Chaos!

Warum liegt der deutsche Parlamentarismus in einem trostlosen Hinsiechen? Warum wird die Lage immer toller, die Verwirrung größer, das Elend gräßlicher? Im Reiche jagt ein Defizit das andere. In den Einzelländern stehen sie vor dem Bankerotte. Kaum eine deutsche Gemeinde kann noch ihren Etat balanzieren und die Steuern aufbringen. Warum denn das alles?

Weil das ganze kapitalistische System geschichtlich am Ende ist!

Damit und deshalb sind auch alle alten Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, am Ende ihres Lateins! Das Kabinett Brüning, dieses Kabinett der „Führer“, dieses ausgesprochene Zentrumskabinett, ist noch viel ratloser und brüchiger, als jemals eines gewesen ist, seit 1918. Es ist rein auf Handelsgeschäfte aufgebaut, kann sich nur halten mit Subventionen an Großagrarier und Schwerindustrie, um dafür ein paar Deutschnationale hinter sich zu bekommen, und mit einer wirklichen Diktatur! Diese Diktatur der verlotterten Parteipolitik besteht heute! Der Reichstag müßte längst aufgelöst sein, wenn Demokratie noch einen Sinn haben sollte. Aber man löst ihn nicht auf, weil man nach Ausgang der Sachsenwahl Angst hat vor der „Radikalisierung des Volkes“, also vor dem Willen des Volkes! Soweit sind wir!

Man wird aber die Entwicklung damit nicht aufhalten, sondern sie beschleunigen!

Es ist belustigend, all die betrachtenden Artikel im bürgerlichen Lager über den Ausgang der Sachsenwahl über sich ergehen zu lassen, von den Stimmen in den sozialdemo-

kratischen Blättern bis zu den Auslassungen der BVP-Korrespondenz, die nach „Weltanschauung“ ruft, Wo diese „Weltanschauungen“ dieser Parteien so total versagt haben, daß heute die Weltanschauung ausgeschlossen ist bei den politischen Entscheidungen! Diese „Weltanschauungen“ haben so sehr den Steigbügelhalter der Geldhäscher und Mammongötzen gemacht, haben so sehr gegen Blut und Leben des Volkes gesündigt, gegen die naturhaften Grundgesetze jeder Gemeinschaft und jedes Volkes und seiner naturhaften Lebensgrundlage, daß heute die Weltanschauungsgrundsätze nur noch bei alten Weibern und einem angestammten Troß Gleichgültiger bei politischen Entscheidungen überhaupt noch ins Gewicht fallen.

Der Sozialismus marschiert! Er marschiert nun auch im Bürgerlager! Der ganze Nationalsozialismus ist nichts anderes, als der Einbruch der Klassenfront ins gesamte Bürgertum! Was der Marxismus der SPD, und KPD, nicht fertigbrachte, das vollbringt Hitler und seine Phraseologie, die er doch nur dem Marxismus entlehnen konnte! Schaffende gegen Raffende, Ausgebeutete gegen Ausbeuter — das ist die Klassenfront, wie sie nicht anders auch das kommunistische Manifest Karl Marx' seinerzeit aufgerissen hat. Und die ganze Kraft des Nationalsozialismus liegt nicht im Betonen des Nationalen, sondern im Herausstellen des Sozialismus! Darüber sollte man sich endlich klar werden! Die Massen wollen die Not behoben haben! Sie wollen den sozialen Befreiungskampf! Der faschistische Gedanke bei den Nationalsozialisten wird durch den Druck von unten, der in dieser Partei immer stärker wird, je größer sie wird, immer mehr verdrängt von dem sozialistischen Muß der Zeit!

Die Nationalsozialisten treiben ihre Propaganda mit marxistischer Ideologie, wenn auch verbogen und verkitscht. Sie können damit keinen Marxisten zu sich bekehren, weil dieser den Marxismus viel besser wo anders findet, viel reiner und konsequenter, aber mit dem Mantel des Nationalen können sie in jene kleinbürgerlichen Kreise eindringen, die den Einbruch der KPD, und SPD, abwehren, die aber nach den marxistischen Theorien schnappen, wie der Fisch im Wasser nach Luft! In den alten bürgerlichen Parteien ist damit die Klassenlinie offen aufgerissen! Es vollzieht sich immer stärker der Prozeß, auf dessen Kommen wir seit Jahren im „Neuen Volk“ hingewiesen haben! Der Prozeß wird sich immer mehr beschleunigen und zuletzt zum Austragen zwingen. Diese letzte Austragung wird lauten, ob dieser gesamte Sozialismus, von der KPD, über SPD, bis zu den Nationalsozialisten einmal gezwungen eine Front bilden wird.

## Was bleibt da anders als - Revolution?

Nur eine kurze Karte:

„Bei Angaben über Arbeiterlöhne im „N. V.“ möchte ich Sie bitten, die Löhne zu gedenken in der Tabakindustrie. So z. B. verdienen in Dielheim (Baden) die Tabakarbeiter zu 80 Prozent einen Lohn, der sich bei Vollarbeit zwischen 6—14 Mark bewegt in der Woche.“

6—14 Mark Lohn in der Woche! Das ist heute möglich!

24—36 Mark im Monat hat so ein Prolet! 3000 Mark im Monat hat Stegerwald! Ober 3000 Mark Brüning! Ober

10 000 Mark Direktoren bei Krupp, Thyssen, IG-Farben etc. Und da fragt man, woher die Radikalisierung des Volkes kommt? Da fragt man, woher die religiöse Gleichgültigkeit stammt? Woher der Zerfall der Familie und des Volkstums?

50 Jahre sog. „Sozialpolitik“! 10 Jahre Herrschaft des Zentrums in Deutschland nach 1920, 1918 schon beginnend! Und 24—36 Mark Lohn im Monat noch in Deutschland! —

Und da macht Stegerwald den Preisabbau mit des Diktat des Lohnabbau? Macht Schluß! Tretet ab! Komme was will — schlimmer wie heute kann es niemals werden!



# Wo wäre das Geld für die Sanierung der Reichsfinanzen zu holen?

„Wir stehen im Jahre 1930 vor der nüchternen Realität, daß wir, um die Finanzen des Reiches und der Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Arbeitslosenversicherung in Ordnung zu bringen, Volk und Wirtschaft mit rund 2 Milliarden in derselben Stunde neu belasten müssen, in der man glaubte und hoffte, daß durch die Annahme des Youngplans Erleichterungen auf der ganzen Linie zu erwarten seien.“ Stegerwald vor ausländischen Journalisten sprach diese Worte.

Es kracht in allen Fugen dieses Reiches und dieser Politik. Das Geld langt nicht! Allein im Jahre 1930 hat sich das deutsche Budget um soviel erhöht, als die jährliche Youngplanzahlung ausmacht.

Diese Erhöhung der Lasten des Volkes ist eingeleitet worden mit der Besoldungsordnung des Zentrumministers Köhler. Von da ab datiert die ganze Finanzmisere in den Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden. Dazu noch vom Jahre 1925, von dem ab Geßler und sein Nachfolger Groener die ständige Erhöhung der Summen für Wehr und Marine fortsetzten.

Darum kann man aus der Finanzmisere nur herausführen, wenn an den Ausgaben spartanisch gestrichen wird.

Die Regierung Brüning hat den umgekehrten Weg eingeschlagen: Sie will weiter erhöhen! Erhöhen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, erhöhen die Beträge des Volkes in einem Notopfer, was nichts wäre, als eine neue Steuererhöhung für breite Massen der Festbesoldeten.

Notopfer! Wie treibt man damit Schindluder! Ein Notopfer, das jene zahlen müßten, die das Geld haben, wäre die Forderung der Stunde. Dieses Notopfer aber soll sogar die Renten der Witwen und Waisen heranziehen!

Warum geht man nie dort vor, wo zugepackt werden müßte?

Wir reißen nur einige Forderungen auf:

Durch die Beamtenblätter geht eine Aufstellung, wonach die Gehälter sämtlicher Beamten 5 Milliarden, die Pensionen 3 Milliarden, zusammen also 8 Milliarden betragen. Soviel betragen die Gesamtstats von Reich, Länder, Gemeinden vor dem Kriege. Hier also ist etwas nicht in Ordnung. Die unteren Beamtenklassen haben sicher nicht zuviel. Aber die oberen! Dort liegt die Schamlosigkeit gegenüber der Volknot! Und hier müßte zugegriffen werden. Die Grenze dürfte bei 1000—1200 Mark im Monat liegen. Was darüber hinaus an Gehältern gezahlt wird, ist Unsittlichkeit. Hier müßte energisch zugegriffen werden! Kein Gehalt mehr über 1200 Mark, keine Pension mehr über 600 Mark im Monat! Mit einem Schlage hätte man das wirkliche „Notopfer“. Und zwar bis zum Reichskanzler hinauf.

Nur eine Frage: Warum verzichten die Brüning, Stegerwald, Guérard, Wirth, Schätzle, Dr. Scholz, Dr. Dietrich nicht freiwillig auf mindestens die Hälfte ihrer Riesengehälter? Warum gehen sie oben nicht mit einem guten Beispiel voran? Solange sie das nicht tun, glaubt ihnen das Volk nicht, daß es ihnen Ernst ist mit dem wirklichen Beheben von Finanz- und Volknot.

## Oder ein Biermonopol?

Die Reichsregierung sucht neue Einnahmen! Sie geht wieder an die Massen der armen Teufel. Wir wollen zeigen, wo es Geld gibt zur Besteuerung:

„Geld und Wirtschaft“ schreibt:

Das Geschäftsjahr 1928/29 ist für die Brauereien geradezu glänzend verlaufen. Die meisten Aktiengesellschaften konnten ihre Dividenden gegen das Vorjahr steigern. Von einzelnen Gesellschaften brachte z. B. die Aschaffenburger Brauerei 15 Prozent Dividende, Bavaris und St. Pauli 14 Prozent, Berliner Kindl 24 Prozent, Borsicher-Brauerei 10 Prozent, Brauhaus Nürnberg 12 Prozent, Dortmunder Aktienbrauerei 17 Prozent, Dortmunder Ritterbrauerei 20 Prozent, Dortmunder Union-Brauerei 18 Prozent, Düsseldorf-Dietrich-Brauerei 17 Prozent, Engshardt 13 Prozent, Hanauer Hofbräu 15 Prozent, Hessische und Herkules-Brauerei 11 Prozent, Holsten-Brauerei 14 Prozent, König-Brauerei 9 Prozent, Leipziger-Riebeck 12 Prozent, Lindener Brauerei 10 Prozent, Löwen-Böhmisch-Bräu 12 Prozent, Ponarth 18 Prozent, Reichelbräu, 20 Prozent, Rostocker Bräu 10 Prozent, Schlegel-Scharpenel 14 Prozent, Schöferhof 20 Prozent, Schönbuch 12 Prozent, Schwabenbräu 16 Prozent, Schultheiß 15 Prozent, Tucher 10 Prozent und Wickmüller Kuppe-Bräu 14 Prozent Dividende zur Ausschüttung. Diese Ziffern sprechen eine beraudete Sprache, zumal diese Brauereien in den verschiedensten deutschen Landesteilen verstreut liegen und zumal bekannt ist, daß fast sämtliche Brauereien für das Geschäftsjahr 1928/29 Rückstellungen und Abschreibungen vorgenommen haben, die den ausgeschütteten Gewinn um ein Mehrfaches überstiegen.

Demgegenüber dürfte die neulich vom Reichstag beschlossene Biersteuererhöhung nicht ins Gewicht fallen. Die Erhöhung selbst ist den Abnehmern zur Last gelegt worden, und es ist bekannt, daß die Gaststätten mit der Einführung der Pfennig-Rechnung einen Aufschlag auf den Bierpreis erheben, der den Steuerzuschlag sogar übersteigen dürfte, so daß durch die Biersteuererhöhung sogar noch ein Mehrgewinn für Brauereien und Gastwirts verbleiben wird. Gewiß ist es möglich, daß zunächst einmal durch den erhöhten Bierpreis ein leichter Rückgang des Verbrauchs eintreten wird. Demgegenüber aber haben die Brauereien gerade im laufenden Jahr eine ungeheure Chance zu Sonderverdiensten, die ihnen bei Eindeckung der Rohstoffe erwachsen ist. Die Preise für Gerste und Hopfen liegen ganz bedeutend unter den Notierungen, die man für die vorige Saison anlegen mußte. So ist z. B. der Preis für Gerste vom Oktober 1928 bis zum Oktober 1929 von 241 auf 206, bis zum November 1929 sogar auf 199 Mark pro Tonne zurückgegangen. Der Hopfenpreis betrug im September 1928 in Nürnberg 270 Mark pro 50 kg, in den Monaten September bis November 1929 nur — 90 Mark pro 50 kg, also etwa den 1/3 des Vorjahres. Eine Berechnung hat er-

geben, daß der Rohmaterialpreis pro Hektoliter Bier bei einem Rohstoffaufwand von 27 kg Gerste und 0,25 kg Hopfen im Oktober 1928 7,80 Mark, im November 1929 dagegen nur 5,72 Mark betrug. Die Rohstoffe der Brauereien kosten also für die laufende Saison rund 20 bis 25 Prozent weniger als für das Vorjahr!

Bei dieser Sachlage braucht keinesfalls befürchtet zu werden, daß die Brauereien, selbst wenn ein leichter Abstarückgang eintritt, weniger verdienen als im Vorjahr, vielmehr wird man viel eher befürchten müssen, daß die Brauereien gar nicht wissen, wo sie die durch die billigen Rohstoffe entstandenen Sondergewinne verstecken sollen, zumal sie viele Jahre hindurch ungewöhnlich große Abschreibungen vorgenommen und ihre Bilanzen gründlich bereinigt haben.“

Die neue Biersteuer hat dem Reiche 200 Millionen, dem Brauereigewerbe 500 Millionen gebracht! Warum packt man da nicht zu?

Die Brauereien zahlen den Bauern, was sie gerade mögen für ihre Gerste. Der höchste Zollsatz ändert daran nichts. Die paar Brauereiaktiengewaltigen haben die Preisbildung im Inlande in der Hand: Sie kaufen nicht teurer, mag der Reichstag Zölle zu hundert Mark beschließen! Und bei der

Biersteuer verdienen sie erneut! Die Brauereien schwimmen also im Gelde!

Warum greift kein Finanzminister des Reiches den Gedanken eines Reichsbiermonopols auf? Das gäbe eine gute Einnahmequelle für das Reich und seinen Etat! Die Kämpfe um Biersteuer mit den Bayern wäre weg! Der Bierpreis könnte, wie der Spirituspreis beim Spritmonopol, festgesetzt werden, aber auch der Gerstenpreis! Wir machen nur einmal ganz roh diesen Vorschlag. Ausarbeitung läge bei den Fachleuten des Reichsfinanzministeriums!

Wird in diesen heutigen Parteien und in diesen heutigen Regierungen einer wagen, solchen Vorschlag ernsthaft in die Realität zu rücken?

Wir bezweifeln es! Das schaffende untere Volk wird weiter belastet, weil hinter den Kulissen heutiger Politik der große Geldsack, das Aktienkapital, das oberste Beamtentum, die Großagrarien und Schwerindustriellen und die Zinseiner der Dividendenwirtschaft selber stehen und in den Parlamenten und Regierung ihre Vertretungen nicht die Vertretungen des schaffenden Volkes haben.

# Die Reichsausgaben 1929/30.

In Nr. 24 brachten wir die Reicheinnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Jahre 1929/30. Sie betragen 9 171 676 642,12 RM. Dazu kommen noch einige andere Einnahmen (in Millionen Reichsmark):

1. Steuern, Zölle und Abgaben	9 171,6
2. Verzinsung aus den Reichsbahn-Vorzugsaktien	51,7
3. Überschüsse der Post	150,0
Überschüsse der Reichsdruckerei	4,4
Rückzahlung des Darlehens von der Reichsdruckerei	1,0
4. Aus der Münzprägung	72,1
Reparationssteuer der Reichsbahn	385,0
5. Verwaltungseinnahmen des Reichsarbeitsministeriums	41,6
Verwaltungseinnahmen des Reichswehrministeriums	19,7
Verwaltungseinnahmen des Reichsjustizministeriums	18,9
Verwaltungseinnahmen des Reichsverkehrsministeriums	47,1
Verwaltungseinnahmen des Reichsfinanzministeriums	84,0
Verwaltungseinnahmen der übrigen Reichsverwaltung	53,6
Barbestand aus dem Vorjahre	45,9
<b>A) Ordentlicher Haushalt: Einnahmen</b>	<b>10 146,1</b>
Aus Anleihen	178,9
Aus der Zwangsanleihe der Reichsbahn	185,1
Sonstige	117,0
<b>B) Außerordentlicher Haushalt: Einnahmen</b>	<b>481,0</b>
<b>A) und B) zusammen: Einnahmen</b>	<b>10 627,1</b>

Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sind um 149,2 Millionen Reichsmark und des außerordentlichen Haushalts sind um 815,9 Millionen Reichsmark hinter dem Vorschlag zurückgeblieben.

Auf welchen Kanälen wurden nun diese 10 627,1 Millionen Reichsmark verausgabt? Das zeigen uns die einzelnen Ausgabeposten (in Millionen Reichsmark):

1. Steuerüberweisungen an die Länder	3 292,9
2. Gehälter, ohne Ruhegehälter	848,4
3. Ruhegehälter, einschl. der Kriegsbeschädigten	1 783,0
4. Innere Kriegslasten	318,4
5. Reparationszahlungen: Aus dem Reichshaushalt	1 022,5
Reparationszahlungen: Aus der Reichsbahn	385,0
Außere Kriegslasten	78,0
6. Sozialversicherung	482,1
Knappschaftliche Pensionsversicherung	75,0
Ausbau und Erhaltung der Invalidenversicherung	21,0
7. Kleinrentnerfürsorge	35,0
8. Krisenunterstützung für Arbeitslose	149,6
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge	32,9
Arbeitslosenversicherung	290,6
9. Reichsschuld: Verzinsung und Tilgung	224,3
Anleihenblösung	381,4
10. Schutzpolizei	194,9
11. Münzprägung	7,1
12. Reichstag	7,0
Auswärtiges Amt	30,7
Reichsinnenministerium	43,3
Reichsarbeitsministerium	51,6
Reichswehrministerium: Heer	267,3
Flotte	148,5
Reichsministerium für Ernährung	58,1
Reichsverkehrsministerium	138,3
Reichsfinanzministerium	102,2
Allgemeine Finanzverwaltung	49,4
Übrige Reichsverwaltung	27,2
<b>A) Ordentlicher Haushalt: Ausgaben</b>	<b>10 145,7</b>
1. Wohnungs- und Siedlungswesen	67,3
2. Arbeitslosenversicherung	150,0
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge	42,5
3. Ausbau der Wasserstraßen usw.	64,3
Rückkauf von Schuldverschreibungen des Reichs usw.	35,1
4. Darlehen zur Fortführung begonnener Eisenbahnen	4,4
Beteiligung des Reichs an der Reichsbahn-Zentralgenossenschaftskasse	50,0
5. Reparationszahlungen	0,5
6. Innere Kriegslasten	2,0
7. Übrige Reichsverwaltung	4,1
<b>B) Außerordentlicher Haushalt: Ausgaben</b>	<b>348,2</b>
<b>A) und B) zusammen: Ausgaben</b>	<b>10 493,9</b>

Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind um 84,2 Millionen Reichsmark hinter dem Vorschlag zurückgeblieben.

Wie schaut nun die Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben aus beim ordentlichen Haushalt (in Millionen Reichsmark):

Einnahmen	10 146,1
Ausgaben	10 145,7
Mehrausgaben	399,6
Dazu kommen noch Restschulden aus 1929	65,4
Mithin Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt	465,0
Dazu beim außerordentlichen Haushalt:	
Einnahmen	481,0
Ausgaben	348,2
Mehreinnahme	132,8
Dagegen sind noch unbeglichene Ausgaben aus 1929 von 47,0 Mill. und aus 1926—28 von 904,5 Mill. = 951,5 vorhanden, so daß der Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt	818,7
Millionen Reichsmark beträgt, wozu der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts kommt von	465,0
Es beträgt also der Fehlbetrag am Schlusse des Haushaltsjahres 31. 3. 30 (in Millionen Reichsmark)	1 283,7

Betrachten wir ein wenig die verschiedenen Ausgabeposten, hauptsächlich nach ihren sozialen Auswirkungen. Da müssen wir gleich feststellen: Die sozialen Ausgaben sind hauptsächlich Folge des durch die Gesetzgebung geschützten Unrechts infolge des Betrugs und Wuchers der Börsengänger, des Systems „Kapitalismus“. Die 35 Millionen für die Kleinrentnerfürsorge wären nicht notwendig gewesen, oder wenigstens zum größten Teil nicht notwendig gewesen, wenn bei der Stabilisierungsgesetzgebung die Herren Marx und Emminger einigermaßen das christliche Sitzengeßtes anerkannt hätten, wenn sie nicht nach bolschewistischer Manier die Enteignung des schaffenden Volkes vorgenommen hätten. Dasselbe ist bei den 67,3 Millionen für Wohnungs- und Siedlungswesen der Fall. Auch dieser Betrag wäre zum größten Teil nicht notwendig gewesen, wenn den schaffenden Sparer ihr Eigentum belassen worden wäre, wie es möglich gewesen wäre, wenn nicht nach dem Willen der Herren Marx und Emminger die Börsengänger schwindelerregende Aufwertungen bekommen hätten müssen, weshalb die schaffenden Sparer betrogen werden mußten. Das wirkt sich auch auf die Arbeitsbeschaffung aus. Das Reich mußte im Rechnungsjahr 1929/30 die Summe von 665,6 Millionen aufwenden für die Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge. Um die Summen aufzubringen, mußte die Invalidenversicherung 185,1 Millionen Zwangsanleihe bluten, ein Betrag, der auf diese Weise der Arbeitsbeschaffung entzogen wurde. Haben doch in früheren Jahren die Landesversicherungsanstalten für Invalidenversicherung ihre Überschüsse hauptsächlich als Darlehen zum Kleinwohnungsbau der Arbeitsbeschaffung zugeführt. Das konnten jetzt die Landesversicherungsanstalten nicht mehr tun, weil ihnen das Geld durch die Zwangsanleihe entzogen wurde. Wäre den Börsengängern das Kapital und dessen Ertrag nicht schon immer, und besonders wieder durch die Sitten, Volk und Wirtschaft verderbende Stabilisierungsgesetzgebung der Marx und Emminger und deren Reichstagskollegen, zugeschoben worden, so könnten die Börsengänger das Kapital nicht verschleiben, die Wirtschaft könnte wieder aufleben. Nun versuchen ja die Herren Reichsregierer (auch Stegerwald macht den Schwindel mit), durch Steuerbefreiung der Börsengänger, der Großbetrüger und Großwucherer, dieselben wieder anzulocken, das Kapital ins Inland zu schaffen oder im Inland zu belassen. Die Leuten befinden sich wirklich in einem Wolkenkuckuckshaus. Glauben die Leuten, daß die Betrugs- und Wucherverbrecher durch Steuerbefreiung angelockt werden könnten, ihren Betrugs- und Wucherertrag im Inland zu belassen? Wenn das ginge, könnten wir uns auch die Polizei und Gerichte ersparen (keine geringe Ausgabe), und könnten die Herren Diebe und Räuber durch Steuerbefreiung anlocken, ihren Diebes- und Rauberertrag wieder den Bestohlenen und Beraubten zu belassen. Utopiel! Die Diebe und Räuber, Betrüger und Wucherer, die Börsengänger, wollen zum alten Ertrag noch mehr, noch neuen hinzu bekommen. Deshalb sind sie auch froh, wenn sie von der Reichsregierung steuerfrei gemacht werden, damit sie wenigstens vorerst auch diesen Betrag verschleiben können. Und das Volk verelendet; das Reich braucht immer mehr Steuern, das schaffende Volk wird der Verzweiflung überliefert, nach „bolschewistischer“ Art. Diese Not muß verwaltet und beschützt werden. Darum höhere Ausgaben für die Beamten, besonders die oberen, damit sie sich als Sklavenaufseher billig mißbrauchen. Wie?





# Der Faschismus und die Bauernbewegung.

Guido Migittoli

(I. Fortsetzung.)

Bevor ich auf die zweite Periode des italienischen Faschismus eingehe, um den neuen Kampfplan zu beleuchten, der gegen das Proletariat und die werktätigen Bauern in Anwendung gebracht wurde, ist es notwendig, einen Blick auf das zu werfen, was zu gleicher Zeit im übrigen Europa vorging, und zwar vor allem in Mitteleuropa. Wir werden dann verstehen, warum der Faschismus noch keinen Grund hatte, auch hier in Erscheinung zu treten, warum er hier erst später aufgetreten ist.

Die Agrarbewegungen in Mitteleuropa liefen alle auf sogenannte Agrarreformen hinaus. Auch dort, wo eine revolutionäre Bewegung im Gange war, wo die Arbeiter und Bauernmassen vorübergehend die Macht in ihre Hände genommen hatten, nahm der Agrarkapitalismus nach der Niederwerfung der Revolution zur Methode der Reformen seine Zuflucht. Das Studium aller Gesetzentwürfe, die in jener Zeit in den Staaten Mitteleuropas veröffentlicht worden sind, führen zu folgender Feststellung sowohl dort, wo die Reform einen radikalen Charakter zu haben und den Großgrundbesitz kräftiger anzupacken schien, wie auch dort wo sie bestrbt war, den Großgrundbesitz nicht zu zerstören und nur seine Ausdehnung einzuschränken. — Überall waren es zwei Tendenzen, die die Agrargebung der Nachkriegszeit beherrschten. Die erste war darauf gerichtet, ein ländliches Kleinbürgertum zu schaffen, die schon bestehenden landwirtschaftlichen Zwergebetriebe zu erweitern und viele neue zu schaffen, um zu verhindern, daß sich große Massen landloser Bauern, d. h. Proletarier bilden, die eine ständige Gefahr für den Agrarkapitalismus bedeuten müßten. Die zweite Tendenz hatte das Ziel, möglichst jedes Experiment einer kollektiven Bodenbearbeitung durch die werktätigen Bauern zu vermeiden; auch dort wo die Gesetze einer solchen Kollektivierung scheinbar entgegenkamen, ist diese nie auch nur im geringsten in die Praxis umgesetzt worden. In dieser Weise war die Kapitalistenklasse stets bestrebt, die Reform zu ihren eigenen Gunsten auszunutzen, in jedem Fall aber seine vorherrschende wirtschaftliche und soziale Position zu behaupten.

Es scheint mir angesichts der Wichtigkeit dieser Tatsache der Mühe wert, den Nachweis hierfür zu erbringen. In Deutschland z. B. hat es keine wirkliche Massenbewegung in der Bauernschaft und keine umfassende Agrarreform gegeben. Das Kolonisationsgesetz jedoch von 1919, das keine Einschränkung des Großgrundbesitzes vorschrieb, setzte sich das Ziel, einer großen Zahl von werktätigen Bauern kleine Parzellen zuzuweisen. Die folgenden Gesetze vom Juni 1923 und vom Juli 1926 waren hauptsächlich darauf gerichtet, zu verhindern, daß die Landarbeiter der Großbetriebe, die geteilt wurden, ohne Land blieben, um die Reihen des Landproletariats nicht zu stärken. Das Resultat dieser Gesetze war sehr kärglich, denn auf Grund der im Jahre 1928 veröffentlichten Reichsstatistik sind nicht mehr als 200 000 ha aufgeteilt worden. Wenn sich auf dem Lande kein wirkliches landwirtschaftliches Proletariat herausgebildet hat, so war das die Folge der Aufsaugung der Arbeitskraft durch die Industrie. Obgleich sich in Deutschland auf dem Lande die Kreditgenossenschaften und andere genossenschaftliche Organisationen entwickelten, so ist hier doch die kollektive Bearbeitung des Bodens durch die werktätigen Bauern vollkommen unbekannt geblieben. Diese Tatsache verdient besondere Beachtung, weil gerade in Deutschland das Agrarproblem theoretisch am meisten studiert worden ist. Trotz der Ideen von Bernstein und David, die die Bildung von unabhängigen Kleinbetrieben als Hauptforderung des sozialdemokratischen Agrarprogramms aufstellten, siegte theoretisch die von Kautsky entwickelte marxistische Lehre, der zufolge auf dem Gebiete der Landwirtschaft der Großbetrieb den revolutionärsten Einfluß ausübt. Auf praktischem Gebiet jedoch blieb diese Lehre unbeachtet, und die Agrargesetze Deutschlands, von denen ich gesprochen habe, Gesetze, die von der Sozialdemokratie vorge schlagen wurden, bedeuteten eine Schutzwehr für den Agrarkapitalismus.

Interessanter, weil umfassender, ist das Beispiel Polens. Auch die polnische Gesetzgebung, d. h. das Gesetz vom Dezember 1925 und die später in Kraft getretenen Gesetze haben sich sehr davor gebüht, die Bildung von Bauernorganisationen zur kollektiven Bodenbearbeitung zu fördern. Auch sie waren bestrebt, durch eine noch größere Aufteilung des Bodens eine große Zahl von Bauernfamilien an die Scholle zu fesseln. Die Aufteilung des Bodens, von dem schon im Jahre 1928 14 Millionen ha aufgeteilt wurden, wurde zugunsten der schon bestehenden Kleinbetriebe durchgeführt. Sehr viele Landarbeiter, die in den aufgeteilten Großbetrieben beschäftigt waren, blieben somit ohne Arbeit. Der polnische Agrarkapitalismus war erschrockt über die Proletarierarmee, die sich auf dem Lande bildete, und versuchte, durch die Gesetze zugunsten der „Deputatarbeiter“ den Mißstand zu beheben. Es sind dies die gewöhnlichen Gesetze, die den Bauern, die kleine Parzellen kaufen oder pachten, langfristige Kredite gewähren und den Landarbeitern, die früher in Großbetrieben beschäftigt waren und sich keinen Boden anschaffen konnten, einen Schadenersatz von paar hundert Zloty gewähren. Die Maßnahme übte offensichtlich keine Wirkung aus, aber sie zeigt, daß auch in Polen die Agrargeetze die Tendenz

hatten, die Herausbildung starker Landarbeiterarmeen zu verlangsamen, während sie die Bildung eines ländlichen Kleinbürgertums unterstützten und förderten. Der Agrarkapitalismus hoffte in dieser Weise, der Bewegung der Nachkriegszeit Herr zu werden und durch diese neue Regelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse die eigene Macht zu sichern.

Das gleiche System wird auch in den baltischen Provinzen, in Litauen, Lettland und Estland, angewandt. In Estland scheint die Agrargebung der Herausbildung von Großbetrieben für die kollektive Bearbeitung durch die werktätigen Bauern günstig zu sein. Aber, wie Martus erklärt hat, sind diese Gesetzverordnungen tote Buchstaben geblieben. Als in der Tschechoslowakei im Jahre 1919 die Agrarpartei das Programm der Enteignung des Bodens vorschlug, der den werktätigen Bauern als Eigentum zugewiesen werden sollte, war es die Sozialdemokratische Partei, die diesem Programm das Programm der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die kollektiv bewirtschaftet werden sollten, entgegenstellte. Die Frage wurde auch vom Standpunkt der Rentabilität des Betriebes erörtert, die im Großbetrieb zweifellos viel größer ist als in der kleinen Familienwirtschaft. Aber auch in der Tschechoslowakei waren die Gedanken des Agrarkapitalismus nicht in erster Linie auf die größere landwirtschaftliche Produktion gerichtet, und die sozialistische Partei fügte sich in ein Kompromiß, das im Artikel 16 des Gesetzes zum Ausdruck kam. Dieser Paragraph schließt nicht aus, daß der Boden Landarbeitern für eine kollektive Bearbeitung zugewiesen wird. Aber die wirklichen Tatsachen haben etwas ganz anderes gezeigt. Diese Tatsachen hat Wozenslek aufgestellt, der Vorsitzende der staatlichen Agrarbüros, und zwar in der „Prager Presse“ vom Mai 1923. „Der Boden“, sagte er, „war vor allem für die Erweiterung der bäuerlichen Kleinbetriebe bestimmt, die bereits vorhanden waren und nicht mehr als 5 ha besaßen, das war die Folge der Struktur unserer Landwirtschaft, die gekennzeichnet ist durch eine zu hohe Zahl von Zwergebetrieben, die nicht lebensfähig sind. Die Klasse des ländlichen Kleinbürgertums mußte also gefestigt werden, um eine zweckmäßige wirtschaftliche und soziale Politik entwickeln zu können.“ Das ist in Wirklichkeit die Taktik, die der Agrarkapitalismus in Mitteleuropa in der Nachkriegszeit verfolgte. Auch in der Tschechoslowakei war er bestrebt, die Unzufriedenheit der übrigen Landarbeiter zum Schweigen zu bringen, indem er ihnen half, kleine Bodenbesitzer zu erwerben oder lächerliche kleine Geldsummen als Unterstützung zuwie.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß man die Bauernmassen, die mit der Revolution drohten, um ich den Boden zu erkämpfen, glauben machen wollte, sie bekämen den Boden, wenn es sich auch nur um einen kleinen Bodenbesitzer handelte, die nicht genügt, um einer Bauernfamilie Brot und Arbeit zu geben. Sogar in Ungarn nahm der Agrarkapitalismus nach dem Sturz der Arbeiter- und Bauernregierung zu dieser Taktik Zuflucht und zwar durch das Gesetz vom Dezember 1920. Graf Bethlen hat in der Budapest Kammer im Jahre 1925 mit zynischer Feierlichkeit mitgeteilt, daß von 1 100 000 Arpent, die dem Großgrundbesitz gehören, ein großer Teil bereits unter die werktätigen Bauern aufgeteilt worden ist. Es waren dies 12 Prozent des ungarischen Großgrundbesitzes! Aber diese 12 Prozent sind, wie die Zeitschrift der „Ungarischen Statistischen Gesellschaft“ mitgeteilt hat, so aufgeteilt worden, daß auf die neuen Bauernwirtschaften durchschnittlich nicht mehr als 3 Arpent, d. h. etwas über 1 1/2 ha kam. Auf diese Weise hoffte der ungarische Agrarkapitalismus, wenigstens für eine gewisse Zeitspanne den Landhunger zu befriedigen, der in der Revolution zum Ausdruck gekommen ist.

Um die kurze Untersuchung abzuschließen, die notwendig war, um den Plan des Agrarkapitalismus, den diese in Mitteleuropa entfalteten, um der starken Bewegung der Bauernmassen in der Nachkriegszeit Einhalt zu gebieten, klar vor Augen zu haben, muß noch auf die Agrarreform in Rumänien hingewiesen werden, um so mehr, als diese zu den vollkommensten gezählt wird. Sie wurde durchgeführt auf Grund verschiedener Gesetze in den verschiedenen Gebieten des Landes, die verschiedener Weise die Enteignung des Großgrundbesitzes regelten, ist aber bezeichnend, weil sie tatsächlich bestrbt war, eine lebensfähige Kleinbourgeoisie auf dem Lande zu schaffen. Es handelt sich um fast 6 Millionen ha Land, die zur Erweiterung der kleinen Bauernwirtschaften und zur Bildung neuer Kleinbetriebe dienen sollten und zwar auf einer wirtschaftlichen Grundlage und in einem Ausmaß, die ihnen eine weitere Entwicklung gestatteten. Dieses Bestreben schaltete jedoch an der Quantität des enteigneten Bodens, der besonders in Besarabien und auf dem ehemals ungarischen Gebiet nicht genügte, um den Forderungen der Bauern gerecht zu werden. Diese Tatsache führte zu einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen, um der Unzufriedenheit von hunderttausenden werktätigen Bauern, die ohne Land blieben, Zügel anzulegen. Das Problem wurde nicht gelöst, und es konnte auch nicht gelöst werden, ohne den Agrarkapitalismus empfindlich zu treffen. Und Costantinescu, der Generalsekretär des rumänischen Agrarkomitees ist gezwungen, in einer seiner Schriften festzustellen, daß durch diese Armee der „Landlosen“, die die Agrarreform aufs bitterste enttäuscht hat, eine ständige und schwere Gefahr für die rumänische Agrarbourgeoisie geschaffen wird.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Briefen.

Briefe sind Leben, sind nicht graue Theorie. Wir begrüßen immer wieder die Anteilnahme unserer Leser an unserer Arbeit. Unser Kampf muß immer positiver und unser Geist immer weiter getragen werden.

„Von den verschied-en Treffen in Aachen wirst Du wohl Kenntnis haben: Gardetreffen, Treffen der ehemaligen 2ter, der 40er,

nun kommt noch das Treffen des 216. Kriegeregiments. In einem Eingangs in der Zeitung beklagte sich ein Beteiligter über den Mangel an Begrüßung der Aachener. Wenn es nicht besser würde, nähme man eine andere Stadt als Treffpunkt. Nun wissen die Tausende in Aachen, die mit der bittersten Not kämpfen, was ihnen bevorsteht. In dieser Not soll noch Begrüßung für solchen Rumel sein? — Ich schrieb Dir bereits über unseren Regierungspräsidenten Seiler, der für Renovierung seiner Wohnung 110 000 RM.

brauchte. Am Eingang der Wohnung dieses Herrn, Uralinerstraße, steht „Nur für Herrschaften“, in der Hartmannstraße: „Für Chauffeure, Lieferanten“. Für seine Wähler und die armen Teufel scheint er nicht mehr zu sprechen zu sein. Es genügt ja auch, daß ihn, den ehemaligen Mauergeiselten, die Arbeiter hochachten, in den Landtag wählen usw. (Ein Beispiel, warum sowohl die SPD, wie das Zentrum heute beim Volke alles Vertrauen verloren hat!) Ebenso müßte es den Arbeitern bei den Nazi-Sozi zu denken geben, daß August Wilhelm von Hohenzollern zu ihnen kam. (Zu den N.-S. kommen überhaupt alle in letzter Zeit, die irgendwie wieder etwas profitieren wollen im „Dritten Reich“.) Hier ist ein großes Werk, J-ssen Chef nur Nazis doidet. Auf den Lohndüten steht als Reklame ein Warenhaus (jüdisch!) empfohlen. Ja, diese „Judenhaser“! Sind die Menschen blind oder blöde? J. J.“

„Ich bin nun bereits ein Jahr Leser Ihres Blattes und finde, daß Sie in dieser heutigen Zeit, wo alles im Durchwandel und Finstern wandelt, die Wahrheit predigen, denen vor allem, die angeben, die Wahrheit als Patent zu haben. Es ist ein Jammer, daß die Menschen heute, im 20. Jahrhundert und nach dem scheußlichen Kriege, so wenig gelernt haben, und jetzt, 14 Jahre nach dem Kriege, wieder in dieselbe Schweinerei hineinwaten. Die Geselligkeit müßte in erster Linie dem Volke öffentlich auf der Kanzel die bittere Wahrheit sagen und ihm einhämmern, daß ein Krieg das größte Verbrechen und die größte Sünde auf Erden ist. Aber leider tun sie das Gegenteil und lassen alles beim Alten. Ich bin der Meinung, wenn unser Christus in die kultivierte Zeit von heute käme, so würde er den Tempel nicht mit einem Strick, sondern mit einer ganz radikalen Peitsche säubern und vor allem seinen Herren Vertretern gründlich den Kopf waschen. Sie müssen mir verzeihen, wenn ich in diesem Schreiben etwas hart werde, aber man kann heute nicht mehr anders. J. H., Waldkirch.“

### Christentum in Theorie und Praxis.

Die Lohnabbaupläne im Reiche und deren Sanktionierung durch das „christliche“ Zentrum, wie auch das geplante Notopfer u. a. m. bewegen mich, das Christentum der österreichischen christlichsozialen Partei, der Schwester des Zentrums, kurz aufzuzeigen:

Ich bin 45 prozentiger Kriegsbeschädigter und beziehe eine monatliche Rente von 7,20 Schilling, d. s. 4,30 RM. Eine Kriegeswitwe hat monatlich 15 S., d. s. 9 RM. Daß daher unter den österreichischen Kriegsopfern eine unbeschreibliche, fürchterliche Not herrscht, kann sich jeder normale Mensch denken. Alle Not- und Verzweiflungsschreie dieser armen und treuesten Staatsbürger prallen am „christlichen“ Herzen dieser Partei ab und ewig hat man die Ausrufe, der Staat hat kein Geld. Wohl aber hat derselbe Staat in den letzten Jahren rund 2 Milliarden Schillinge zur Sanierung verkrachter Spekulationsbanken übrig gehabt, ebenso ungeheure Gelder für die Sicherung der sonntäglichen Aufmärsche der faschistischen Heimwehren. Das alte Österreich mit 72 Millionen Einwohnern hatte in den Gesamtministerien 65 Dezernenten, das heutige aber mit bloß 6 1/2 Millionen hat aber 170 Dezernenten. Da hat unsere Pöbelchristenregierung Unsummen von Geldern übrig! So könnte man endlos fortfahren. Als anfangs Mai ds. J. beim Amte der Kriegsbeschädigten in Wien die Kriegsoffiziere wegen Wegnahme der Notstandspreisemarken im Chorus „Hunger!“ schrien, ließ das christliche Ministerium Polizei mit Gummiknüppeln vorgehen, getreu dem einzigen Ausspruch: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“ Ja, so sieht in Wahrheit der Dank einer politikverderbenden Klerikal auf Pfu über Pfu! Jeder, der unter Christentum wahre Liebe am Nächsten versteht, muß sich mit Ekel von solchem Pöbelchristentum abwenden. — „Das neue Volk“ aber, als Organ der neuen Christlich-Sozialen Reichspartei, wird in absehbarer Zeit bestimmt den Sieg über die alte kapitalistische Zentrumspartei samt Anhang davontragen und dann als Eckpfeiler einer neuen gerechten Christenheit dienen. Daß dem bald so sei, das walte der gerechte Gott! Leo Oberhammer.

### Frau und Politik.

Immer strebe zum Ganzen, und lasse dich selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an. Schiller.

Diese Worte haben im Laufe der letzten Jahre immer mehr an Bedeutung verloren, sehr zum Nachteile des Volkes, denn die Not und Enttötung wächst unaufhörlich. Deshalb ist auch der Ruf an die Frauen in Nr. 23 des „Neuen Volkes“ sehr zu begrüßen. Es ist wirklich an der Zeit, daß auch die christlich-soziale Frau erwacht, denn sich abschließen, heißt sich einsammern und sich einsammern ist der Tod. Jede Frau, die es mit den Pflichten als Hausfrau und Mutter ernst nimmt, wird sich mit Politik beschäftigen müssen, denn das Leben unserer Zeit wird durch die Forderungen der Wirklichkeit bestimmt. Die wirtschaftliche und soziale Not zwingt in vielen Fällen die Frau zur wirtschaftlichen Mitarbeit, und daß die Arbeit der Frau dem Familienleben Schaden bringen kann und Schäden bringt, ist ganz selbstverständlich. Die Frau, die dem Erwerb nachgehen muß, kann unmöglich Zeit und Kraft aufbringen, um ihren Kindern so zu leben, wie das — zum mindesten bei einer wertvollen Mutter — im Interesse deren Entwicklung liegt. Wenn aber diese Frau, die selbst im Leben steht, eine von den wachen, wesensstarken Naturen ist, wie sie Friedrich Lamperty-Muck in seiner „Heilkraft der Frau“ schildert, dann ist sie eher in der Lage, eine wirkliche Gefährtin und verständnisvolle Mutter zu werden als jene, die sich gezwungen oder freiwillig von allem fern hält, was in ihrer engeren und weiteren Umgebung außerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises vor sich geht. Wollen wir nun wirklich „neues“ Volk werden, so brauchen wir bestimmt solche wache, starke Frauen und Mütter. Ein altes Sprichwort sagt: „Die Familie ist die Quelle des Segens oder Unsegens der Völker.“ Und wer anders als die Frau ist die Trägerin der Familie? Es wird daher jede christlich-soziale Frau, die mithelfen will, ein „neues“ Volk aufzubauen, die ihr zur Verfügung stehende Freizeit zum Vorteile ihres inneren Menschen und ihrer Familie richtig auswerten. Das Wort unseres Heilandes muß wieder lebendig werden: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Fr. K. L.

**Büdo** ohne Bilder, aber nur 25 Pfg





Besonders billig!

# Spielanzüge und Kleidchen für Kinder

Rips, Zefir, Musselin, la. Qualitäten, reizend gearbeitet, großes Farbensortiment

4.20, 3.80, 3.20, 2.70, 2.40, 1.65 und **1.-**

Einlösung der vollen Rabatt-Sparbücher erfolgt vom 23. - 28. Juni

## Wilhelm Zapff

KAISERSTRASSE • ECKE • JULIUSPROMENADEN

### Würzburg

### Gebrauchte Motor-Räder

führorechein- u. steuerfrei, wie auch 350, 500 cm Modelle, in bestem Zustande, sehr billig zu verkaufen.

**L. Müller**  
Neubaustr. 12

Nach langjährig. spezialärztlicher u. praktischer Tätigkeit habe ich mich hier in den früheren Praxisräumen des Herrn Dr. Aschenbrand als

### praktischer Arzt

niedergelassen.

**Dr. med. Otto Mähler**  
Petersplatz Nr. 2

Diathermie — Elektro-Therapie — Bestrahlungen

Sprechstunden 8-11 u. 2-5 Uhr.

### Erholung-suchende

werden von Frau Mia Kunter in Hirsau im Schwarzwald freundlich aufgenommen. Volle Pension 4 Mark tgl. Zimmer mit Frühstück 2 Mark

### MITTEILUNG.

An Sondernummern der „Allgemeinen Rundschau“ sind bisher erschienen:

2 Abendlandnummern  
4 Belgiennummern  
2 Rußlandnummern  
1 Polennummer

Die 4 Belgiennummern sind zum Preise von Mk. 3.—; die beiden Rußlandnummern zu Mk. 1.15, die Polennummer zu Mk. — 80 zu beziehen von

Berthold Silbersack, Würzburg, Rottendorferstr. 8.

# Olympia



Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine  
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

## EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

### Erfolgsichere Unterrichtsgelegenheit

für

**Zither, Violine u. Viola**  
(Kinn- und Schoß-Streichinstrumente) bietet unser geprüftes Mitglied und staatlich zugelassener Musiklehrer

**Fritz Voss**  
in Hossens bei Hamm (Westf.), Amstraße 7

Allg. Deutscher Zitherlehrerverein  
Der Vorstand: i. A. Stortz.

### Freunde bewußter Lebensführung

bietet Kleinexistenz, ihren

### Reformhaus-Bedarf

z. B. Heil-Brot, Naß-Butter, Honig, Rohrzucker, Süßholzwurzel, Weinbeeren, Früchte, Nüsse, Vollreis, Linsen, Tomatenmark, Hafermark, Malaga Tee's u. a. Kur- und Gesundheitsmittel, im

### Reformhaus „Gesundheit“, Alfred Müller

Villingen, Baden, Gerberstraße 53, zu beziehen; ab 15 Mk. franko. — Preisliste der Hauptstücken gratis.

### ◀ Koks! ▶

Unsere Sommerpreise:

Grobkoks ab Werk M. 1.80 frei Keller M. 2.10  
Nußkoks „ „ M. 1.00 „ „ M. 1.30  
Perlkoks „ „ M. 0.75 „ „ M. 1.05

### Baustein-Werk

G. m. b. H.  
Würzburg 7  
Telefon 3487.

Farbbänder für alle Systeme und Kohlepapiere in bester Qualität, Durchschlag- und Schreibmaschinen-Papiere kaufen Sie vorteilhaft bei

### Egid Müller

Schreibmaschinen und Bürobedarf  
Telefon 4645 :: Neubaustraße 7

### Trinkt Chabeso!

### BÜROS:

BERLIN W24, Friedrichstr. 110-112 (Hauptstadt-Turm); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 28-30; COETZING, Schwanstr. 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DUISBURG, Wilhelmstr. 12; ERFURT, Mohrenhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedenstr. 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Wallenbergstr. 76 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Hohlstr. 10, 11; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Str. 12; MANNHEIM, Q7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Ramon Mayhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, 13; STUTTGART, Tubinger Straße 33

### NÜRNBERG

Lorenzer Platz 12, III

Fernsprecher: Nürnberg 28402

### Flechten

trocken oder naß werden sofort ohne Berufstörung beseitigt. E.H. in Schöppelndorf schreibt: „Unterstützt, besetzt, daß ich durch Sie von den lästigen Flechten an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in acht Tagen geheilt worden bin.“ Auskunft kostenlos.

Sanitas-Vertrieb  
Zirndorf/Bayern

Lesen die Broschüre:

### Die Reichswehr

von Lehmann-Rußbildt  
**RM. 1.00**

Bestellungen erbittet:  
**Berthold Silbersack**  
Würzburg  
Rottendorferstr. 8

### Nur Mensch sein!

Ein Aufruf von Wilhelm Heydorn  
**0.50 M. u. Porto**

Verlag d. Menschheitspartei Hamburg-Blankenese, Weddigenstr. 1

Eine trockene Wohnung durch

### Rhein-Schwemmsteine

Prompte und preiswerte Lieferung von Bimsprodukten aller Art, sowie Mauersand besorgt

Parteifreund Jean Adelfang,  
Engers a. Rhein,  
Bendorferstraße 28 a.

Kaufe bei unseren Inserenten!

↓

Verbreite und empfehle unser Blatt!

Wer nie inseriert Geld verliert

Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc. zahlt stets die höchsten Tagespreise

**Franz Bauer**  
Innerer Graben 10,

Abholungen werden mit Wunsch prompt vorgenommen. Auch Samstags geöffnet.